

Austausch soll Frühfranzösisch retten

BILDUNG Nach dem Machtwort von SP-Bundesrat Alain Berset doppelt seine Fraktion nach. Die Sozialdemokraten verlangen vom Bund Mittel für einen massiven Ausbau der Austauschprogramme.

EVA NOVAK
eva.novak@luzernerzeitung.ch

«Der Bund darf nicht warten, bis der Sprachenstreit in den Kantonen zu einem Scherbenhaufen führt», sagt Matthias Aebischer. Sondern er müsse die Kantone jetzt schon bei der Harmonisierung unterstützen, fordert der ehemalige Lehrer und jetzige Berner Nationalrat im Namen der SP-Fraktion. Und zwar vor allem mit dem Austausch von Schülern und Lehrern zwischen den Landesteilen.

Zusammen mit seinem Obwaldner CSP-Ratskollegen hat Aebischer in der soeben beendeten Frühjahrssession ein Machtwort von Bundesrat Alain Berset provoziert. In der Fragestunde des Nationalrats beschied ihnen der Innenminister, was er von den Bestrebungen einzelner Kantone wie Luzern oder Nidwalden hält, den Französischunterricht aus der Primarschule zu verbannen: nämlich rein gar nichts. Wenn nur noch Englisch unterrichtet würde, wäre der Zusammenhalt des Landes gefährdet, sagte der Freiburger Bundesrat. Und drohte an, dass der Bundesrat notfalls eingreifen würde, um die Verständigung zwischen den Landessprachen und damit die nationale Kohäsion zu retten.

Die Waadt als Vorbild

Mit einer Motion unter dem Titel «Vorbeugen statt heilen – Mehr Ressourcen für den nationalen Zusammenhalt» doppelt die SP-Fraktion unter der Führung von Aebischer nun nach. Der Bund müsse verhindern, dass die Kantone vollendete Tatsachen schaffen, fordert sie unter Berufung auf den Bildungsartikel und das Sprachengesetz. Konkret verlangt sie unter anderem «zusätzliche Ressourcen für einen massiven Ausbau des Schüler- und Lehreraustauschs» (siehe Interview)

Dass es dazu nicht viele Mittel braucht, demonstriert ein anderer Freiburger Sozialdemokrat: Jean-François Steiert, der nicht nur seinen Kanton im Nationalrat vertritt, sondern auch als Sekretär des Waadtländer Erziehungsdepartements arbeitet. Er erinnert an die Aktion «1000 Waadtländer Schüler»:



Der gemischte Sprachunterricht ist hier bereits Tatsache: Im jurassischen Movelier gehen Kinder aus der West- und aus der Deutschschweiz zusammen in die Schule.

Keystone/Georgios Kefalas

Jahrelang habe man einen Schüleraustausch mit dem Kanton Zürich gepflegt, der zwar jeweils nur eine halbe Woche lang gedauert, aber viel gebracht habe, berichtet Steiert: «Wichtiger als die paar Tage in Zürich oder im Waadtland waren die Kontakte davor.» Schon Monate im voraus hätten die Schüler mit der Gastfamilie Mails oder SMS in deren Sprache ausgetauscht – «mit Fehlern, aber lustbetont».

Gerhard Pfister: «Das brings»

Derartige Modelle unterstützt nicht nur der Obwaldner Christlichsoziale Karl Vogler. Sondern auch der Zuger Privatschulvertreter Gerhard Pfister, der am rechten Rand der CVP politisiert und üblicherweise nur schwer für SP-Ideen zu begeistern ist. «Das brings», kommentiert er kurz und bündig. Nur solle der Bund das schön den Kantonen überlassen.

Oskar Freysinger verzichtet selbst auf diese Bedingung. Der Walliser SVP-Nationalrat und Erziehungsdirektor stellt sich als glühender Befürworter des Schüleraustausches heraus. Selber habe er früher immer auf diese Karte gesetzt, erklärt der ehemalige Lehrer im zweisprachigen Kanton und setzt zu einem

«Es gibt kein besseres Mittel, um Sprachkenntnisse zu fördern.»

OSKAR FREYSINGER,
SVP-NATIONALRAT

Loblied an: «Es gibt kein besseres und günstigeres Mittel, um Sprachkenntnisse zu fördern.» Das tue not, denn: «Wenn man die Idee der Willensnation aufrechterhalten will, ist die Kenntnis der anderen Landessprache Bedingung», argumentiert Freysinger. Er verspricht, in der SVP-Fraktion Überzeugungsarbeit für den Vorstoss des politischen Gegners leisten zu wollen.

Viel Aufwand, wenig Ertrag?

Bei Peter Keller wird der Walliser wohl auf Granit beißen. Der Nidwaldner SVP-Nationalrat setzt sich in seinem Kanton gegen eine zweite Fremdsprache auf Primarstufe ein. Die Drohung von Bundesrat Alain Berset an die Adresse der Kantone bezeichnet der ehemalige Lehrer als «anmassend». Und die Forderung der SP nach mehr Mitteln für den Schüleraustausch nennt er zwar «gut gemeint», um sie sogleich vom Tisch zu wischen: «Das bringt nur viel Aufwand und wenig Ertrag.»

«Es ist wichtig, dass wir unsere eigenen Landsleute verstehen»

Andy Tschümperlin, Ihre Fraktion will den Sprachenstreit mit dem Austausch von Schülern beilegen – ist das die Lösung?

Andy Tschümperlin: Davon bin ich als Politiker und ehemaliger Lehrer sowie Schulleiter überzeugt. Wenn wir den Schüleraustausch zwischen dem Welschland oder dem Tessin und der Deutschschweiz fördern, kriegen wir das hin, was in gewissen Kantonen eben gerade nicht passiert: Es braucht Kontakte zu den anderen Landessprachen. Diese Kontakte bilden die Grundvoraussetzung, dass Kinder den Sinn erkennen, die andere Landessprache zu lernen, und das als etwas Schönes erfahren.

Viele Kantone kennen heute Austauschprogramme. Reicht das nicht?

Tschümperlin: Nein, es reicht eben nicht. Ich beurteile da auch meine eigene Lehrertätigkeit kritisch – zumal es mir selber nicht leicht gefallen war, Französisch zu lernen, und ich es bis heute nicht besonders gut spreche, wenn auch inzwischen recht gut verstehe. Erst an meinen eigenen Schülern ist mir bewusst geworden, wie wichtig ein Austausch ist. Sobald wir Menschen miteinander sprechen, bekommen wir einen ganz anderen Zugang zur Sprache. Deshalb ist es für den Spracherwerb wichtig, dass der Bund gute Fördermassnahmen ergreifen kann. Wobei das nicht wahnsinnig viel Geld kosten muss.

Umsonst ist das aber nicht zu haben?

Tschümperlin: Ja, es ist aber gut eingesetztes Geld für den Zusammenhalt in unserem Land. Es ist wichtig, dass wir unsere eigenen Landsleute in ihrer Sprache verstehen. In der politischen Auseinandersetzung erlebe ich immer wieder: Manchmal verstehen wir uns nicht, weil wir die Sprachnuancen nicht verstehen. Es geht um den Alltag, nicht um Grammatik.

Wie viel Geld braucht es denn?

Tschümperlin: Ein paar Millionen, damit der Bund Austauschprogramme anbieten kann, die von den Schulen dann auch genutzt werden. Es müssen Fördermassnahmen definiert werden, damit für die Schüler aus jenen Kantonen, die weiter weg von der Sprachgrenze wohnen, Möglichkeiten der Begegnungen entstehen können. Was sich danach daraus entwickelt, kostet wenig bis gar nichts, wie

Kontakte über Facebook oder Twitter. Freundschaften können so über die Sprachgrenzen hinaus in unserem Land gepflegt werden. Und es gibt noch viele weitere Möglichkeiten.

Kritiker sagen, die Grundschule sei Sache der Kantone, der Bund solle sich da gefälligst heraushalten.

Tschümperlin: Artikel 15

Absatz 3 des Sprachengesetzes verpflichtet den Bund, die Kenntnis einer zweiten Landessprache bei allen Volksschulabgängern zu fördern. Die Kantone sind in der Erzie-

hungsdirektorenkonferenz zwar an sich sehr gut organisiert. Trotzdem schaffen es gewisse Kantone offensichtlich nicht, dem wirklich nachzuleben. Wenn ich die Karte betrachte und schaue, in welchen Kantonen Französisch die erste Fremdsprache ist und in welchen Englisch, dann sehe ich: An der Sprachgrenze ist es Französisch. Und in der ganzen Roman-die Deutsch.

In der Zentralschweiz ist es Englisch.

Tschümperlin: Dass in der Zentral- und in der Ostschweiz Englisch die Erstsprache ist, hängt wahrscheinlich mit dem Wirtschaftszentrum und dem Flughafen Zürich zusammen. In Zug sprechen die Leute im Alltag eher Englisch als Französisch. Darum muss der Austausch zwischen den Sprachregionen gefördert werden. Übrigens auch bei Lehrerinnen und Lehrern. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass Pädagogen aus der Roman-die ab und zu bei uns Primarklassen unterrichten und umgekehrt.

Ähnlich wie diese Woche das Deutschschweizer und das Tessiner Fernsehen die «Tagesschau»-Moderatorinnen ausgetauscht haben?

Tschümperlin: Genau. Das sind sehr interessante Projekte, mit denen sehr viel erreicht werden kann. Es geht ja nicht darum, besonders viele Lektionen Französisch zu unterrichten. Sondern es geht um die Bedeutung

der Sprachen für den Zusammenhalt des Landes. Und der Bundesrat ist mit dem Sprachengesetz dafür zuständig.

Weshalb er jene Kantone mahnt, in welchen Initiativen laufen, um den Unterricht in einer zweiten Landessprache aus der Primarschule zu verdrängen?

Tschümperlin: Mit den Konkordaten ist es immer das Gleiche: Es wird ein Konkordat gemacht, dessen Lösungen von vielen Kantonen übernommen werden. Und dann gibt es einige wenige Kantone, welche das – aus welchen Gründen auch immer – nicht wollen. Wenn es die Kantone offensichtlich nicht schaffen, das Sprachenproblem einvernehmlich zu lösen, lässt das Gesetz dem Bund gar keine andere Wahl, als einen gewissen Druck aufzusetzen. Wenn er aber eine finanzielle Lösung für gute Austauschprogramme anbietet, muss er das gar nicht.

Dann geht es auch ohne Drohungen?

Tschümperlin: Genau, dann ist das gar nicht nötig. Es müssen aber knackige, attraktive Programme sein. Ich erinnere mich an meinen Französischlehrer im Lehrerseminar, der auch schon auf Austauschprogramme geschworen hat. Das hat dazu geführt, dass ich meinen Landdienst in der Westschweiz verbracht habe. Nur konnten die Kühe leider nicht französisch sprechen. Das war ein bisschen das Problem.

INTERVIEW EVA NOVAK
eva.novak@luzernerzeitung.ch



SP-Fraktionspräsident Andy Tschümperlin.
Keystone